



AGV-Dialogprogramm: Studenten diskutieren mit dem bayerischen Staatsminister Siegfried Schneider (3.v.l.) im Kabinettsaal der Staatskanzlei

# Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen!

## AGV im Gespräch mit bayerischen Politikern

VON SEBASTIAN SASSE (UV)

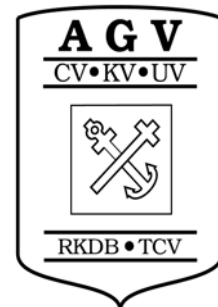
**2009 ist ein besonderes Jahr. Einerseits bietet es den Anlass, sich die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik vor Augen zu führen: Vor 60 Jahren wurde das Grundgesetz verabschiedet. Vor 20 Jahren fiel die Berliner Mauer, nicht zuletzt deswegen, weil die Ostdeutschen auch in Recht und Freiheit leben wollten und dafür in einer „friedlichen Revolution“ kämpften. 2009 ist aber auch ein Jahr der Bewährung: Die Wirtschafts- und Finanzkrise erschüttert das Land. Wie reagiert die deutsche Gesellschaft auf diese Herausforderung? Dies wird vor allem die Bundestagswahl im September zeigen. Können die etablierten Parteien die Bevölkerung überzeugen oder erhalten die Extremisten von links und rechts Zulauf? Diesen Fragen stellte sich die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände (AGV). Bei einem dreitägigen Seminar in München diskutierten die Teilnehmer vom 10. bis 12. März mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Medien über die aktuelle politische Situation.**

„Der Mensch muss im Mittelpunkt der Politik stehen.“ Diesen Grundsatz betonte Dr. Thomas Goppel (KV) im Gespräch mit den Studenten. Der Sohn des langjährigen bayrischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel gehört seit Jahrzehnten dem Landtag an, gestaltete als CSU-Generalsekretär den Bundestagswahlkampf Edmund Stoibers und war bis zur Landtagswahl Wissenschaftsminister.

Nun analysierte dieses Urgestein der bayrischen Politik die Folgen des Verlustes der absoluten Mehrheit für die CSU. Die Unionsparteien hätten im Gegensatz zu allen anderen Parteien keine Ideologie, sie richteten ihre Politik konkret an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort aus. Die CSU folge damit der katholischen Soziallehre und deren Grundwerten Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Dieser Ansatz habe der CSU jahrzehntelang ihren Erfolg beschert. Allerdings hätten in den letzten Jahren Verschleißerscheinungen eingesetzt. So sei es etwa nicht gelungen, die Bevölkerung von der Einführung des achtjährigen Gymnasiums zu überzeugen. Im Rückblick müsse man feststellen: „Wir waren so stark, weil die anderen so schwach waren.“ Dies habe sich nun geändert. Die CSU müsse die Konsequenzen ziehen und wieder stärker auf die Menschen zugehen.

„Wir Konservativen haben das Problem, dass wir gesellschaftliche Entwicklungen immer später erkennen als die anderen. Haben wir sie aber erkannt, dann sind wir dazu prädestiniert, die neuen Erkenntnisse in erfolgreiche Politik umzuwandeln“, betonte Goppel. Alle Parteien

seien heute pragmatisch, weltanschauliche Unterschiede spielten fast keine Rolle mehr. „Wir müssen auch pragmatisch sein. Trotzdem darf man keine Politik bloß aus dem Bauch machen.“ Dieser Herausforderung müsse sich die CSU stellen. Am Beispiel der Schulpolitik verdeutlichte Goppel, der selbst früher als Volksschullehrer arbeitete, wie er sich eine bürgernahe Politik vorstelle. Man müsse die Realitäten zur Kenntnis nehmen: „Es gibt viele allein erziehende Mütter, die tagsüber aus finanziellen



Engagiert diskutiert der ehemalige bayerische Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel (r. mit den Studenten); links: der stv. Vorsitzende der AGV, Claus Broekmans, der die Diskussion moderiert hat.

Gründen arbeiten müssen. Ich bin deswegen für die Ganztagschule."

### **Goppel: Mehr Praxisbezug bei der Lehrerausbildung**

Schließlich plädierte er für einen stärkeren Praxisbezug in der Lehrerausbildung. Seit 30 Jahren kämpfte er dafür, doch die Lehrerverbände hätten sich immer quer gestellt. Goppels Forderung: „Wir müssen im Interesse der Kinder, nicht der Eltern und Lehrer handeln.“ Er befürwortete daher, bereits nach dem BA-Studium ein zweijähriges Referendariat einzufügen, damit die angehenden Lehrer möglichst schnell Unterrichtserfahrung sammeln könnten. Danach könne sich dann, je nach Wunsch, der Master anschließen. Dann wäre es auch möglich, spezielle Schwerpunkte zu setzen. Ein angehender Schulleiter müsse etwa auch Kenntnisse in Betriebswirtschaft und Personalführung haben.

Schließlich hatte Goppel auch noch einen Rat für die Studentenverbände. Der Unibetrieb sei anonymer geworden. Goppels Fazit: „Wir müssen die Studenten da abholen, wo sie allein sind.“

Dass die katholischen Studentenverbände in Bayern eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen, zeigte sich gleich zu Beginn der Diskussion mit Staatsminister Siegfried Schneider (CV). Stellte der Minister doch lächelnd fest, dass erst vor kurzem ein Staatssekretär als Fux einer katholischen Korporation beigetreten sei: „Ihm reichte nicht die Ehrenmitgliedschaft, er wollte eine richtige Fuxenzeit.“

### **Schneider: Koalition mit der FDP in Bayern maximal für fünf Jahre**

Schneider sitzt als Leiter der Staatskanzlei im Zentrum der bayerischen Politik. Ihm obliegt vor allem die Vorbereitung der Kabinettsitzungen. Keine leichte Aufgabe, regiert die CSU nun doch in einer Koalition mit der FDP. Eine neue Erfahrung für die CSU-Landtagsfraktion. Bisher war sie gewohnt, allein zu regieren. Grundsätzlich gelte, so Schneider, das Motto: „Nicht drüber reden, aber immer daran denken: Maximal fünf Jahre Koalition.“ Die CSU müsse alles daran setzen, dass die Regierung Erfolg habe. Denn: „Wenn die Koalition gut läuft, strahlt der Glanz auf den Ministerpräsidenten, nicht auf die FDP.“

Aber auch bundespolitisch müsse die Union Profil zeigen. Die Kritik der Kanzlerin am Papst im Zusammenhang mit der Affäre um die Pius-Bruderschaft und die mangelnde Solidarität mit BdV-Chefin Erika Steinbach angesichts polnischer Angriffe seien ein Fehler gewesen. Man müsse die Interessen der Stammwähler berücksichtigen. „Es reicht nicht, für eine bürgerliche Mehrheit zu kämpfen, bei der



*Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider (7.v.r.) mit den Teilnehmern des Seminars*

die CDU verliert und die FDP hinzugewinn", betonte Schneider.

Auch mit Siegfried Schneider, der bis zur Landtagswahl Schulminister war, diskutierten die Studenten über Bildungspolitik. Ähnlich wie Goppel sprach sich der gelernte Pädagoge für mehr Praxisbezug in der Lehrerausbildung aus. Allerdings gelte dies ebenso für die Professoren. „Ich bin dafür, dass einige in ihren Freisemestern an die Schule gehen.“ Die Lehramtsstudenten müssten an den Universitäten auch soziale Kompetenzen erlernen: „Sie müssen wissen, wie sie mit Niederlagen umgehen können. Der Lehrer, der besonders hohe Ansprüche an sich stellt, ist besonders gefährdet. Er unterliegt permanenten Selbstzweifeln. Die Belastung ist so hoch wie in wenigen anderen Berufen“, erklärte Schneider, der selbst lange Jahre als Lehrer gearbeitet hat. Weiterhin wäre zu bedenken, ob nicht der Schule vor Ort mehr Kompe-

tenzen bei der Anstellung der Lehrer zuerkannt werden sollten: „In Schweden verhandelt der Schulleiter eigenständig mit den Lehrern.“ Wenn dringend ein Mathe-Lehrer gebraucht würde, bekäme dieser mehr Geld als seine Kollegen. Allerdings bringe dieses Modell auch Probleme: „Es können die Kollegien zerbrechen.“

Als besonderes Ziel der bayrischen Landespolitik beschrieb Schneider den Abbau der Schulden. Bayern habe hier im Vergleich zu den anderen Bundesländern Vorbildliches geleistet. „Wir haben sogar begonnen, Schulden zurückzuzahlen. Das ist einmalig.“ Zu dieser Sparpolitik gäbe es keine Alternative, denn Schuldenberge stellten eine große Belastung für die junge Generation dar. Trotzdem müsse auch investiert werden, etwa in die Hochschulen. Schätzungen gingen davon aus, dass die Studentenzahlen bis 2050 um bis zu 25 Prozent steigen würden. Bis 2011 würden daher 3000 neue Studienplätze geschaffen. Weiterhin bemühe man sich um die Verbesserung des baulichen Zustandes der Hochschulen.



*Staatsminister Siegfried Schneider, Chef der bayerischen Staatskanzlei*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise stand im Mittelpunkt des Gespräches der AGV-Vertreter mit einem der bedeutendsten Volkswirtschaftler Deutschlands, Professor Dr. Hans-Werner Sinn, dem Präsidenten des renommierten Münchner ifo-Instituts. Sinn, aus seinen zahlreichen Medien-Auftritten als streitbarer Diskutant bekannt, nahm auch vor den katholischen Studenten kein Blatt vor dem Mund. „Die Stimmung ist im Moment noch wesentlich besser als die eigentliche Lage“, lautete seine Einschätzung der Krise. Dies habe weitreichende Folgen: „In einem Jahr gibt es in Deutschland vermutlich keine privaten Banken mehr.“ Er zeigte sich ü-



*Der Leiter des ifo-Instituts, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn (r.), analysiert die Auswirkungen der aktuellen Finanzmarktkrise; links: der stv. AGV-Vors. Bernd Schulte • SZ-Redakteur Matthias Drobinski (Mitte, rechts) kommentiert die Krise in der katholischen Kirche*

berzeugt, dass nach der Bundestagswahl die Arbeitslosigkeit stärker ansteigen werde. Bis zur Wahl zögen noch Kurzarbeitsprogramme, die Politik wolle keine Wählerstimmen verschenken. „Wenn aber die Entlassungswelle kommt, dann droht die Veränderung des politischen Klimas.“ Es bestehe auch „die Gefahr eines Regimewechsels“. Die Linke und Oskar Lafontaine stünden bereit.

**Sinn: Staat muss Ordnungsrahmen für die Wirtschaft schaffen**

Der Professor machte deutlich, dass er als Wissenschaftler keine grundsätzlichen Werturteile treffen müsse, diese Aufgabe obliege der Politik. Im wissenschaftlichen Diskurs ginge es lediglich darum, die besten Mittel herauszuarbeiten, mit denen man bestimmte wirtschaftspolitische Ziele erreichen könne. Sinn bekannte sich in diesem Zusammenhang zum Neoliberalismus. Diese Denkrichtung werde immer falsch dargestellt. Die Neoliberalen unterschieden sich ja gerade darin von den Altliberalen, dass sie nicht nur für einen bloßen „Nachwächter-Staat“ plädierten. Der Staat solle vielmehr den Ordnungsrahmen schaffen, in dem sich die Wirtschaft entfalte. Skeptisch zeigte sich Sinn gegenüber staatlichen Eingriffen während

der Wirtschaftskrise. Unterstütze der Staat einzelne Betriebe, wie etwa Opel, koste dies woanders Arbeitsplätze. „Solche Einzelhilfen sind Ausdruck staatlicher Strukturplanung. Eigentlich sollen aber die Käufer der Produkte die Struktur bestimmen“, betonte der Wirtschaftsexperte.

Sinn forderte, den Sozialstaat weiter auszubauen. Die Agenda 2010 habe hier bereits gute Erfolge erzielt. „Die Agenda hat eine Million neue Jobs geschaffen.“ Man müsse mit dem traditionellen Sozialstaats-Modell brechen. „Es wird immer gesagt: ‚Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können.‘ Das geht gar nicht, weil nicht genügend Jobs vorhanden sind.“ Es dürfe nicht das Nichtstun subventioniert werden, sondern die Arbeit. Deswegen plädiere er für ein Zuschuss-Modell, für eine „aktivierende Sozialhilfe“. Es sei richtig, dass im Rahmen von Hartz IV mittlerweile 1,3 Millionen Menschen einen aufgestockten Lohn bezögen und damit über der Armutgefährdungsgrenze lägen. Freilich würden diese Zusammenhänge oft in der Medienberichterstattung nicht immer deutlich.

Die Erfahrung, dass es gar nicht so einfach ist, wichtige Themen für die Medien sachgerecht aufzuarbeiten, muss auch die katholische Kirche immer wieder machen. Letztes Beispiel: die Aufhebung der Exkommunikation der Bischöfe der Pius-Bruderschaft durch den Papst. Matthias Drobinski, zuständig für das Ressort „Kirchen und Religionen“ bei der Süddeutschen Zeitung, berichtete aus dem Alltag eines Kirchen-Journalisten. Drobinski diagnostizierte, dass in der Öffentlichkeit, besonders seit der Wahl eines deutschen Papstes, ein größeres Interesse an der katholischen Kirche bestehe. Freilich unterliege dieser Trend bestimmten Schwankungen. „Die katholische Kirche ist die Organisation, die sich weltweit für die Menschenrechte einsetzt“, betonte Drobinski. Dieser Aspekt werde selten betont, vielmehr dienten oft Skandale als Aufhänger für die Berichterstattung. Für ihn sei erstaunlich gewesen, welch großes Echo die Entscheidung des Papstes bezüglich der Pius-Bruderschaft gehabt habe. Matthias Drobinski bedauerte einerseits, dass die Beweggründe des Papstes für seine

Entscheidung in der Bewertung der Affäre in den Hintergrund geraten seien. Andererseits betonte er aber auch, dass nun einmal die meisten Journalisten keine Experten für Kirchenrecht seien. Dies müsse der Vatikan in seiner Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen.

**Drobinski: Medien heute weniger kirchenkritisch als noch vor zehn Jahren**

Grundsätzlich beurteilte Drobinski die öffentliche Wahrnehmung der katholischen Kirche in Deutschland aber als positiv. Die Katholiken hätten hier gegenüber den Protestanten einen Vorteil. Die Kirche als weltweit agierende Institution mit dem Papst als Symbolfigur an der Spitze könnte leichter öffentliche Resonanz erzeugen. Schließlich sei das Klima in den Redaktionen auch weniger kirchenkritisch als noch vor zehn Jahren: „Ich habe einen Kollegen, der früher eher distanziert war, mittlerweile betet er aber mit seinen Kindern.“ Dies sei ein typischer Fall. Viele Menschen würden, wenn sie eine Familie gegründet haben, wieder Anschluss an die Kirche suchen. Der Kirche sei daher zu raten, sich für diese Personen mehr zu öffnen. Man müsse individuell auf ihre Bedürfnisse reagieren und dabei ihre Lebensgeschichte berücksichtigen.

Eine ähnliche Strategie schlug der Journalist auch im Umgang mit muslimischen Einwanderern vor. Sein Fazit: „Wir wissen noch immer viel zu wenig von ihnen.“ Auch hier müsse man genau auf die einzelnen Biografien der Menschen eingehen: „Ich habe einen Türken kennengelernt, der in seiner Heimat als Lehrer gearbeitet hat. Dann wurde sein Kind krank. Der Arzt riet ihm, nach Deutschland auszuwandern, damit sein Kind dort operiert werden kann. Als Lehrer konnte er hier keine Anstellung finden, also wurde er Maurer. In dieser Zeit fand er Halt in der Moscheegemeinde. Solche Geschichten gibt es viele.“ Seine Aufgabe, so Drobinski, bestehe als Journalist darin, auf solche Schicksale aufmerksam zu machen. Damit trage er am besten zu einer fundierten Meinungsbildung in der Bevölkerung bei.

Ein Gespräch führt nicht immer zu einer Lösung des Problems, am Anfang der Lösung steht aber immer ein Gespräch. Das „Dialogprogramm“ der AGV zeigt: Die katholischen Korporationsverbände sind Gesprächs- und lernbereit. Die breite Themen-Palette des Seminars verdeutlicht, dass Deutschland im Jahr der Bundestagswahlen vor vielen Herausforderungen steht. Die katholischen Studentenverbände wollen in der Diskussion ihren Beitrag zu Lösungsansätzen leisten. Auch ihr Einsatz trägt dazu bei, dass die Bundesrepublik weiter eine „Teilnehmer-Demokratie“ bleibt.